

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

1.5.1924 (No. 102)



## Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und Rußland

Aus Krakau, 24. April, wird uns geschrieben: Der hiesige „Gazet“, wohl das in außenpolitischen Fragen am ernstesten zu nehmende polnische Blatt, hat in diesen Tagen einen in einer polnischen Zeitschrift erschienenen Artikel des ungarischen Staatsmannes Grafen Julius Andrássy wiedergegeben, der die Frage einer Verständigung zwischen Polen und Ungarn auf Kosten der Tschechoslowakei und Rußland behandelt.

In der Einleitung seines Artikels hebt Graf Andrássy hervor, daß zwischen dem polnischen und dem ungarischen Volk keine Gegensätze politischer oder wirtschaftlicher Natur bestünden, daß vielmehr alle Bedingungen, vor allem für ein politisches Zusammengehen, gegeben sei. Insbesondere hätten Polen und Ungarn gemeinsame Interessen gegenüber der Tschechoslowakei. Der Gegensatz zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei beruhe einmal darauf, daß Prag anstrebe, eine wirtschaftliche Abhängigkeit Ungarns von der Tschechoslowakei herzustellen und zweitens auf dem Bemühen Benešs, jede politische Wiederherstellung Ungarns zu verhindern. Ebenso sei die Tschechoslowakei ein gegebener Gegner Polens, denn die Staatsmänner der Tschechoslowakei gingen darauf aus, auf Kosten Polens eine direkte Verbindung zu Rußland herzustellen und zwar mit Hilfe der Polen feindlich gesinnten Ukrainer. Denn der tschechoslowakische Staat, wie er jetzt bestehe, werde nur dann für die Dauer gesichert sein, wenn er sich auf Großrußland stützen könne und wenn Prag der Verbindungspunkt und der Mittler zwischen Paris und Moskau werden könne. (Man beachte, in wie geschickter Weise Andrássy andeutet, daß Polen durch die Ränke Prag auch seinen französischen Verbündeten verlieren könnte). Je schwächer Ungarn sei und je weniger es in internationaler Hinsicht in die Waagschale falle, desto stärker werde sich auch in der Prager Politik die polenfeindliche Richtung bemerkbar machen. Deshalb sei für Polen ein unabhängiges und aktionsfähiges Ungarn von ebenso großer Bedeutung, wie ein starkes und unabhängiges Polen für den ungarischen Staat.

Diese Ausführungen Andrássys sind Wasser auf die Mühle des „Gazet“, nicht so sehr, weil er Ungarn liebt, als vielmehr, weil er, wie fast die gesamte polnische Presse Galiziens, z. B. auch der hiesige „Glos Narodu“, die Tschechoslowakei haßt. Die für Polen wenig günstige Genfer Entscheidung über die Jaworzina (das tschechoslowakisch-polnische Grenzgebiet in der Tatra) hat natürlich die Abneigung der galizischen Polen gegen die Tschechoslowakei nicht gerade verringert.

So ist es denn begreiflich, daß der „Gazet“ die Ausführungen Andrássys beifällig begrüßt, indem er bemerkt, daß sie um so aktueller seien, als sie von Allen in Polen geteilt würden, welche die Lage des polnischen Staates nüchtern betrachten, und indem er hinzufügt, daß die Ausführungen Andrássys starke Beachtung verdienen, da dieser Staatsmann in seinem Vaterlande viel Anhänger besäße.

Der „Gazet“ hat selbst kürzlich abfällige Bemerkungen über die Tschechoslowakei gemacht und zwar in Verbindung mit den Beziehungen beider Länder zu Deutschland. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ hatte nämlich dem „Gazet“ vorgeworfen, daß er die Schaffung einer antideutschen Front verhindere, weil er Gegner einer polnisch-tschechischen Verständigung wäre. Darauf hat der „Gazet“ unwirksam erwidert, man dürfe nicht von Polen verlangen, daß es alle tschechischen Forderungen kritiklos erfülle, nur damit eine antideutsche Front geschaffen werde. Im übrigen würde eine polnisch-tschechische Freundschaft nicht von ihm, dem „Gazet“, und gleichgesinnten polnischen Politikern erschwert, sondern von den Tschechoslowaken, welche die Polen in tschechischen Teile von Schlesiens schikanieren, die rufmässige Freundschaft fördern, den Vertrag von Wiga nicht anerkennen, einen Korridor auf Kosten Polens herstellen wollten, der sie mit Rußland verbinde, kurz alles andere eher trieben als eine polenfreundliche Politik.

### Vom deutschen Wahlerfolg in Tirol

Wie groß der deutsche Wahlerfolg in Tirol gewesen ist, davon geben einige Zahlen Kenntnis, die der Bozener „Landesmann“ veröffentlicht. Will man das Ergebnis mit dem Jahre 1921 vergleichen, so darf man nicht vergessen, daß die Wahlkreisverteilung diesmal anders war. Im Jahr 1921 wurden im alten Wahlkreis unter 40.567 Stimmen 36.574 für die deutsche Gewählteste abgegeben. Das waren 90,1 Prozent aller gültigen Stimmen, die restlichen 3,9 Prozent erhielten die Sozialisten. Die im Wahlkreis wohnhaften Italiener enthielten sich damals der Stimme. Im Jahr 1924 wurden unter 37.807 Stimmen 31.711 deutsche abgegeben, also 83,8 Prozent. Diesmal erhielten die Faschisten 8,6, die Sozialisten 5,8 und die übrigen Parteien 2,3 Prozent. In ganz Italien hat die Faschistenliste knapp 1/3 aller Stimmen auf sich vereinigt, in Tirol dagegen fielen 1/2 aller Stimmen auf die Gewählteste. Dabei haben die Italiener und die Herren Faschisten kein Mittel gesucht, um die Wahl zu „machen“. In Sarntheim z. B. schied der Bürgermeister vor der Wahl ein Zirkular herum, in dem er aufforderte, für die Faschisten zu stimmen und nicht „einigen Irredentisten“ die Stimmen zu geben. Wenn Sarntheim in seiner Mehrheit faschistisch stimme, habe ihm der Unterpräfekt Zahlung des Schulhauses und der Brücke versprochen. Es sei also das Faschistenabzeichen und nicht das Edelweiß zu durchstreichen d. h. zu wählen. Die ganze Mäßigkeit der faschistischen Propaganda enthielt sich aus dem Gesamtergebnis von nur 3235 Stimmen im gesamten Wahlkreis! Selbst im Wahlbezirk Trentino, in dem 1921 über 3200 deutsche Stimmen abgegeben worden waren, bekam diesmal die Gewählteste noch über 1400 Stimmen, abgesehen aus grundsätzlichen Erwägungen dort keinerlei Wahlkataloge entfaltete und keine Versammlung abgehalten worden war. In Enneberg z. B. bekam die Gewählteste über 60, in Gröden 40 Prozent aller Stimmen!

Der neue Gesandte in Mexiko. Wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, ist der Leiter der Konsularischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Dr. Knipping, an Stelle des verstorbenen Grafen Montgelas zum Gesandten in Mexiko ernannt worden.

## Politische Neuigkeiten

### Das englische Budget

Der neue Schatzkanzler Snowden brachte, wie aus London gemeldet wird, mit zweistündiger Rede das erste sozialistische Budget ein. Er sagte, er wäre der erste Schatzkanzler dieser Generation, der, ohne davor ein Ministeramt bekleidet zu haben, die Einbringung eines Budgets übernommen habe. Der tatsächliche Überschuss gegenüber dem Voranschlag betrage 48 320 Millionen Pfund Sterling. Die Gesamtkosten für das Geschäftsjahr werden auf 719 120 Millionen geschätzt. Die gesamte nationale Schuld betrug am 31. Dezember 7 680 484 Pfund. Die Zinsenlast beträgt jährlich 205 Millionen. Die Einkommensteuer bleibe unverändert. Die Verminderung der Staatschuld beläuft sich seit 1919 auf insgesamt 650 Millionen Pfund. Die Mac Kenna-Böle werden bis 1. August verlängert und dann aufgehoben. Die Teesölle werden um 4 Pence, und die Zuckersölle um anderthalb Pence ermäßigt. Der mit der Herabsetzung der Zölle verbundene Einnahmeausfall beträgt für Zucker 18,6 Millionen im Jahre und die Ermäßigung des Zolls auf Tee wird 4,5 Millionen betragen. Der Teesoll bleibt aber hinter den vor dem Kriege erhobenen Zollraten zurück. Die Abgaben für Kakao, Tee und Zichorie werden um die Hälfte ermäßigt. Durch die Ermäßigung würde ein Einnahmeausfall von 800 Millionen Pfund entstehen. Die Aufhebung der Mac Kenna-Böle würde einen Ausfall von drei Viertel Millionen Pfund im Jahre ausmachen. Bei Erörterung der Mac Kenna-Böle wurde Snowden unterbrochen und er sagte in Vertiefung gegen die Zwischenrufe, daß die Erhebung der Zölle auf Fertigfabrikate von der vergangenen Regierung bei den Wahlen zur Entscheidung geworden wäre und daß das Land sich gegen die Erhebung der Zölle ausgesprochen habe. Die Wohnsteuer ist ganz und gar aufgehoben. Die Gesamtkosten der Steuerermäßigungen betragen in diesem Jahre 34 Millionen und über 40 Millionen für das ganze Bilanzjahr. Der Voranschlag schließt mit einem Überschuss von 4 Millionen Pfund ab.

### Stellung und Rechte des Eisenbahnpersonals

In Berlin tagte im Reichsverkehrsministerium der zu gleichen Teilen aus Vertretern des Personals und der Verwaltung bestehende Organisationsausschuß unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kumbier. Es fand eine eingehende Aussprache über das Sachverständigengutachten und seine Auswirkung auf die Ausgestaltung der deutschen Reichsbahnen statt. Einen weiten Raum in der Debatte nahm die Frage der Rechte des Eisenbahnpersonals ein. Besonders von den Vertretern des Personals wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß bei Überführung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft die wohlerworbenen Rechte des Personals gefährdet seien. Der Organisationsausschuß beschloß, beim Reichsverkehrsminister die Forderung zu erheben, daß die Regelung der Personalfragen als eine besonders lebenswichtige und dringende Frage so schnell als möglich vorweg behandelt werde.

### Reichskanzler Dr. Marx über die Ausreise-Erleichterung

Reichskanzler Marx hat in seiner Kölner Rede interessante Mitteilungen gemacht, die das offiziöse Telegraphenbüro nicht verbreitet. Der Kanzler sagte u. a.: Die sügnische Behauptung ausländischer Blätter, die Sachverständigen hätten für ihre Untersuchungen in Berlin nicht die volle Unterstützung der Reichsregierung gefunden, habe genügt, um in Romherz einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen. Der Erlaß über die Beschränkung der Ausreisestellen sei ergangen, weil unsere Währung damals aufs Äußerste gefährdet war. Der Kanzler machte sich ausdrücklich die Feststellung zu eigen, daß beim Erlaß der Verordnung ungefähr 70 000 Deutsche sich im Auslande befänden. Selbst wenn jeder nur 500 Goldmark mitgenommen hätte, zirkulierten damals 35 Millionen Goldmark im Auslande. Kurz vorher war eine ganz ungeheure Summe von Rentenmark aus Italien der Reichsbank vorgelegt worden, die von den italienischen Käufern mit einem weit unter dem regulären Wert liegenden Wochschlag in Zahlung genommen worden waren. Schon Ende Januar hatte die Reichsregierung von Woche zu Woche befürchten müssen, daß eine große Zahl von Reichsmark geschlossen werden sollte, weil kein Pfennig Geld mehr vorhanden war.

### Beleidigung des Reichspräsidenten

Ein deutschpöhlischer Führer, Dr. Ganzer, hat vor mehr als einem Jahre den Reichspräsidenten einen Landesverräter genannt, weil er im Januar 1918 den Munitionsarbeiterstreik angezettelt habe. Ein Beleidigungsverfahren gegen Ganzer vor dem Münchener Gericht endete mit der Zurücknahme der Klage, weil das Münchener Gericht auf persönlichem Erscheinen des Reichspräsidenten als Zeugen bestand. Ganzer wiederholte darauf vor einigen Wochen die Beleidigung und erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Der Reichspräsident stellte darauf erneut wegen verleumderischer Beleidigung Strafantrag gegen Ganzer, diesmal aber in Berlin, wo der töltsche Führer seinen ständigen Wohnsitz hat. Aber seither ist, wie die Blätter melden, Dr. Ganzer aus Berlin verschwunden einer Vorladung des Untersuchungsrichters hat er nicht Folge geleistet. Er hält sich nach Feststellung des Gerichts in der Schweiz auf, um dem Strafverfahren zu entgehen.

### Die polnische Großmacht

Bei der Eröffnung der Rosener Weltausstellung hielt der polnische Staatspräsident Wojciechowski eine Rede, in der er unter anderem sagte: Die notwendige Bedingung unserer Existenz als Staat ist die Vereinigung der polnischen Länder, denn Polen kann nur als Großmacht existieren. Um als Großmacht existieren zu können, muß es die Vereinigung aller polnischen Länder erreichen. Wir haben viel von dem erreicht, was uns zuzufinden. Aber man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht, daß noch nicht alle polnischen Länder, noch nicht alle für die Vollkommenheit unserer Lebens unerschöpflichen Zentren mit der Weltausstellung vereinigt sind. Coburn erinnerte Wojciechowski an die Einmischung der Flugzeugfabrik, die dazu mahne, auch an die Notwendigkeit militärischer Stärke zu denken, und fuhr fort, die große Bedeutung der Finanzsicherung besteht auch darin, daß sie uns erlaubt, ein stärkeres Wort zu führen in allen Streitigkeiten auf internationalem Gebiet. Solange wir als schwacher und frakter Organismus betrachtet werden, der vielleicht ausländischer Kuratel bedürfe, solange konnte die Stimme Polens nicht so stark und stolz klingen, wie unsere Staatswürde es verlangt. Erst heute kommt der Augenblick, wo wir dank der Finanzsicherung unsere Verteidigungsmittel und unser Militär auf einen solchen Fuß stellen können, daß es niemand wegen wird, nach polnischem Lande zu streben oder auch unsere inneren Rechte zu schmälern, daß es niemand wegen wird, den Richter zu spielen zwischen der Regierung und den Bürgern des polnischen Staates.

### Die Lage in Kolumbien

Aus Bogota wird uns geschrieben: Vor einiger Zeit ist General Benjamin Herrera gestorben, einer der fähigsten und einflussreichsten Politiker und Militärs Kolumbiens, nachdem er ein an Kämpfen und Abenteuern überreiches Leben geführt hatte. Seine militärische

Laufbahn begann er vor halb 50 Jahren (1876) im Bürgerkrieg und er hat in den weiteren Jahrzehnten seines Lebens an unzähligen Revolutionen teilgenommen. In jenem ersten Bürgerkrieg, indem er mitfocht, war seine Partei, die Liberale, siegreich, im nächsten Bürgerkrieg, 1885, in dem Herrera zum Obersten avancierte, wurde seine Partei besiegt.

Als dann der Bürgerkrieg von 1895 ausbrach, konnte Herrera zu seinem großen Kummer nicht mitfochten, weil er gerade wegen politischer Vergehen im Gefängnis saß, dafür spielte er aber dann in der großen Revolution von 1899 bis 1902 eine große Rolle. In dieser Revolution bewies Herrera, daß er nicht nur ein parteipolitischer Klapptier, sondern ein wahrer Patriot war. Obwohl er nämlich im letzten Jahre der Kämpfe große militärische Erfolge erzielt hätte und seinen politischen Gegnern, den Konservativen, einen für sie sehr üblen Frieden hätte aufzwingen können, schloß er doch am 22. November 1902 an Bord des amerikanischen Kreuzers „Wisconsin“ einen für seine Gegner glimpflichen Frieden, weil er die damals drohende nordamerikanische Einmischung vermeiden wollte.

Nach jenem Frieden schlug er die rein politische Laufbahn ein, wurde erst Deputierter, dann Senator, später Gesandter in Venezuela und während des Weltkriegs Außenminister. Er wäre bei den letzten Präsidentenwahlen wohl auch Präsident geworden, aber er unterlag seinem konservativen Gegner, dem jetzigen Präsidenten Ospina, wie es heißt, weil ein Teil seiner liberalen Anhänger sich durch seinen ein wenig schroffen militärischen Befehlston abgestoßen fühlte. Aus denselben Gründen hatte er auch nur einen Teil der liberalen Presse des Landes auf seiner Seite, während innerhalb der konservativen Partei größte Einigkeit herrschte.

Trotzdem genöß Herrera bei seiner Partei, wenn auch nicht immer Beliebtheit, so doch hohe Achtung, und nicht nur bei ihr allein. Auch sein Gegner aus dem letzten Wahlsampf, Präsident Ospina, hat ihn geehrt, indem er nach Herreras Tod eine Kundgebung erließ, in der er das tiefste Bedauern über das Hinscheiden des hervorragenden Staatsmannes und Militärs aussprach und die Beerdigung auf Staatskosten anordnete.

Diese Kundgebung des Präsidenten hat freilich auch wohl politische Gründe. Der Präsident wollte offenbar durch die Ehrung seines Gegners beruhigen auf die liberale Partei einwirken. In der letzten Zeit haben sich nämlich die Gegensätze zwischen den beiden großen Parteien sehr verschärft. Die Liberalen beschwerten sich über Wahlbeeinflussungen und schoben der konservativen Partei die Verantwortung für Mordtaten zu, die an hervorragenden Liberalen verübt worden sind. So ist kurz vor Herreras Tod ein angesehenes Führer der liberalen Partei, General Duran, in seinem Hause bei Guata (Departement Santander) von unbekanntem Täter meuchlings erschossen worden, nachdem schon früher der Kesse Durans in ähnlicher Weise umgebracht worden war. Es war die letzte Tat des greisen Politikers Herreras, daß er aus Anlaß dieses Mordes in einem offenen Briefe an den Präsidenten Ospina scharfen Protest gegen derartige Gemattigkeiten erhob und mit einem Wiederaufrufen des Bürgerkrieges drohte.

## Badischer Teil

### Die „Arbeiter-Zeitung“ in Mannheim

Aus dem Ministerium des Innern wird geschrieben: Die „Arbeiterzeitung“ bespricht in mehreren Nummern die Vornahme einer Hausdurchsuchung bei einem Kommunisten in Eppingen und das Eingreifen mehrerer Polizeibeamter bei nächtlicher Ruhestörung durch einen Mannheimer Arbeiter. Die „Arbeiterzeitung“ spricht wiederholt von „Remmeles Knüppelgarden“ und aus: „Remmeles Reich“ und behandelt die Vorkommnisse in einer Weise, die jedes journalistischen Anstandes spottet. Sie versteigt sich zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß es den Anzeichen habe, als ob die Polizeibeamten systematisch zu Arbeitermishandlungen abgerichtet würden.

Führt die „Arbeiterzeitung“ in der Weise fort, dann wird wieder zu einem Verbot des Erscheinens der „Arbeiterzeitung“ gegriffen werden müssen. Bei der Hausdurchsuchung in Eppingen hat die Frau des Kommunisten selbst die Genarmen gebeten, ihrem Mann, wenn er abends von der Bahn komme, die Mitteilung persönlich zu machen, damit sie keinen Mishandlungen von ihm ausgesetzt sei. Auf dem Rathaus, wohin er gebracht wurde, hat er durch sein Benehmen verjüßt, die Genarmarie zu ängstigen. Es wurde ihm auch gesagt, daß er nach diesem Benehmen behandelt werde; er ist wieder mit dem Gummiknüppel bedroht, noch geschlagen worden. Der Bericht der „Arbeiterzeitung“ aus Eppingen ist vollständig entstellend.

Im Mannheimer Fall ist die Polizei von Hausbesuchern gerufen worden. Die „Arbeiterzeitung“ sagt selbst, „daß der Arbeiter R. etwas angeheitert war“. Sie verschweigt natürlich, daß R. die Polizeibeamten mehrmals tätlich angegriffen hat. Wenn diese sich dagegen zur Wehr setzen, liegt kein Anlaß zur Kritik vor. Im Interesse des R. selbst liegt es wohl, wenn über sein Verhalten als Hausbesucher nicht noch nähere Mitteilungen gebracht werden. Auch dieser Bericht der „Arbeiterzeitung“ entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

In den ständigen Angriffen auf die Polizei durch die „Arbeiterzeitung“ liegt System; es sollen die Behörden und ihre Organe diskreditiert und die öffentliche Meinung zu ihren Ungunsten beeinflusst werden. Wie schon bemerkt, hat die „Arbeiterzeitung“, wenn sie diese Methode fortsetzt, mit dem Verbot des Weitererscheinens zu rechnen.

### Badisch-Württembergischer Radio-Klub

Auf der Frankfurter Tagung des deutschen Funkvereins sind die Oberpostdirektionsbezirke Karlsruhe und Konstanz zum Württembergischen Radio-Klub Stuttgart Pflanzstr. 2d geschlagen worden, da die Reichstelegraphenverwaltung bekanntgegeben hat, daß sie innerhalb eines Senders nur einen Radioklub anerkennen wolle und Baden zum größten Teil innerhalb des Sendersbezirks des Stuttgarter Senders liegt. Der Württembergische Radio-Klub wird seinen Namen deshalb in Badisch-Württembergischer Radio-Klub ändern. Es half in Badisch-Württembergischer Radio-Klub ändern. Es würde damit nur eine Anordnung getroffen, wie sie in der Technischen Richtlinie und bei vielen Sport- und sonstigen Organisationen schon seit Jahr und Tag besteht. Die badischen Radioklubs werden deshalb gut tun, so bald wie möglich ihren Anschluß an den Badisch-Württembergischen Radio-Klub zu vollziehen.

### Mandev in Württemberg

Die diesjährigen Divisionsübungen der südwestdeutschen 5. Division werden zum erstenmal seit Bestehen des neuen Reichsheeres nicht auf dem Truppenübungsplatz Münchingen, sondern, wie im Frieden, als Manöver im offenen Gelände abgehalten. Die Truppen werden mit der Eisenbahn bezw. in Fußmärschen am 13. September in Münchingen und Umgebung entronnen, wo die Übungen am gleichen Tage beginnen werden. Sie führen über die Donau ins Oberland, wo sie am 20. September ihr Ende finden. Nach einem Ruhepaus im letzten Quartier kehren die Truppen wieder mit der Eisenbahn bezw. zumteil in mehrtägigem Fußmarsch in ihre Standorte zurück. Verührt werden im Manöver die Bezirke Münchingen, Blaubeuren, Ehingen, Nördlingen, Biberach, Saulgau und Waldsee. Außer der ganzen 5. Division nehmen am Manöver die Reiterregimenter 16 (Cassel) und 18 (Cannstadt) der 3. Kavalleriedivision, sowie von der 7. (bahnrück) Division das 7. Pionierbataillon Teile der 7. Nachrichtenabteilung, Stab, zweite und vierte Kompanie der 7. Fahradteilung und die 4. Kompanie der 4. Fahradteilung teil. Die Gesamtsärke der Manöverteilnehmer beläuft sich auf rund 15 000 Mann. Das Manöver wird zweifellos auch zahlreiche Zuschauer anlocken.

### Kommunale Rundschau

Die Mannheimer Indeziffer für den 30. April beträgt 1182,9 Milliarden. Da am 24. April die Indeziffer 1178,8 Milliarden betrug, ist vom 24. bis 30. April eine Steigerung um 0,4 Prozent eingetreten.

Die Bahnhöferweiterung in Emmendingen. Wie die „Freisgauer Nachr.“ in Emmendingen mitteilt, befindet sich unter den größeren Projekten, die auf dem Bauprogramm der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen vor dem Krieg standen, auch der Neubau und die Verlegung des Bahnhöfes Emmendingen, womit die Verlegung der Bahnlinie auf eine Strecke von 10 Kilometern verbunden war, um die jetzt bestehende große Kurve geradezulegen. Der Ausbruch des Weltkrieges machte den Plan, wie viele andere, zunichte. Um aber dem immer fühlbarer zutage tretenden Mangel an Güterverkehr ungenügenden Bahnanlagen abzuhelfen, wurde in Berlin ein Projekt der Erweiterung der jetzigen Anlagen nach Osten, also der Stadt zu, ausgearbeitet, und bereits der Erneuerungstermin für das erforderliche Gebäude auf den 9. Mai anberaumt. Eine Versammlung von Angehörigen des Gewerbes, des Handels und der Industrie sprach sich dagegen aus, wie bereits vorher der Gemeinderat der Stadt. Das Projekt schließt jede eventuelle später notwendig werdende weitere Vergrößerung aus und mache den Ausbau der Rheinstraße unmöglich. Eine weit bessere Lösung könnte mit der Vergrößerung der Bahnanlagen nach Westen gefunden werden.

DZ. Das Elektrizitätswerk. Dem Bürgerausschuss der Stadt Freiburg ist eine stadträtliche Vorlage zugegangen, derzufolge zur Beendigung der Vorbereitungen für das geplante Elektrizitätswerk ein weiterer Nachtragsskredit von 20 000 Goldmark verlangt wird. Die Vorlage wird vom Stadtrat eingehend begutachtet. Das Elektrizitätswerk wird im Jahre 20 Millionen RM an elektrischer Energie im Jahre zu liefern, und zwar wird diese elektrische Energie durchweg hochwertige Spitzenkraft sein. Die Stadt benötigt aber im wesentlichen nur etwa 2 Millionen RM eines minderewertigen und entsprechend billigen Stromes und nur etwa 1 Million RM Spitzenstrom, für den naturgemäß ein entsprechend höherer Preis gezahlt werden müsste. Die Frage ist nun, was mit der überschüssigen Energie geschehen soll. Die Stadterhaltung will sie nutzbringend verwerten an Internierungen etc., da sie ja auch das erhebliche Risiko des Baus zu tragen hat. Die Regierung will aber den überschüssigen Energieeinsatz der allgemeinen Landeselektrizitätsversorgung nutzbar machen. Dagegen ist die Stadt. Als die Verhandlungen mit der Regierung zu keinem Ergebnis führten, wurde die Stadt an das Badenwerk verwiesen. Aber auch diese waren beratend schwierig, da die Stadt schließlich mitteilen musste, dass weitere Verhandlungen keinen Zweck haben würden, wenn nicht ein Mindestmaß von Bedingungen der Stadt anerkannt wird. Daraufhin gab das Badenwerk einen Teil seiner Forderungen auf, der Stadt erklärt, dass für sie die Lage immer noch so sei, dass sie auf der einen Seite das vollkommenste Internierungswerk übernehmen muss, aber auf der anderen Seite sehr erheblich gebunden ist. Der Stadtrat ist sich darüber schlüssig geworden, dass die Frage des Elektrizitätswerkes weiterhin betrieben werden muss, und zwar auf anderen als bisherigen Wegen.

Die Gemeinde Oberkirch will zur Behebung des Geldmangels und Linderung der Wohnungsnot ein ihr zu günstigen Bedingungen angebotenes Darlehen von 1 Million Rentenmark aufnehmen. Der Bürgerausschuss genehmigte in seiner Sitzung vom 2. April die Kapitalaufnahme.

Festspiele in Breisach. In Ostern 1924 waren es 450 Jahre, dass die Stadt Breisach am Oberrhein, „des deutschen Reiches Rissen“, unter der beherrschten Führung ihres Bürgermeisters Gebard Stehler, sich von der Gemaltheitschenschaft des burgundischen Landvogts Peter von Dagenbach freimachte. In Erinnerung an diese denkwürdige Zeit plant die Stadt Breisach für diesen Sommer große historische Festspiele, deren Durchführung der ehemalige Spielleiter Harry Schäfer von Freiburger Stadttheater übernommen hat. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel „Peter von Dagenbach“ des in Freiburg i. B. lebenden Dichters Wilhelm Meißner, der durch seine mit dem Ehrenpreis der Stadt Rottum ausgezeichnete Schauspiel „Freiheit“ bekannt geworden ist. Neben Schauspielkräften des „Elsässischen Theaters Freiburg i. B.“ werden ca. 300 Mitwirkende auftreten. Als Spielort sind in der Hauptsache die Sonntage im Juli und August vorgesehen. Der Platz vor dem berühmten Breisacher Münster mit seinem herrlichen Ausblick auf Rhein und Oberrhein, Kaiserstuhl und Schwarzwald andererseits, wird der großangelegten Freilichtaufführung einen besonders interessanten Rahmen abgeben. Ein gewisser Teil des Ertrages der Festspiele wird dem unter den Nachwehen des Krieges auch in Breisach verstärkt herabgetretenen sozialen und charitativen Bedürfnissen der Stadt zuzuführen. In Breisach selbst (Bürgermeister Meyer) sowie auch in Freiburg i. B. (Geschäftsstelle Dejeu Luz, Rosenau 3) hat sich ein Festspielausschuss gebildet.

### Aus der Landeshauptstadt

kleiner Grenzverkehr. Nach einer Anordnung der Reichsregierung ist ein Reisepass für den Fernverkehr auch für alle für den kleinen Grenzverkehr bestimmten Vorkosten gültig. Diese Vorschrift wurde bis jetzt mit Rücksicht auf besondere örtliche Verhältnisse nicht überall durchgeführt.

Ein Spionageprozess. Der Lithograph Emil Haas aus Schutterden bei Lahr erhielt wegen Spionage vom Strafsenat des Oberlandesgerichts 4 1/2 Jahre Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust.

Der Karlsruher Luftfahrtverein veranstaltete am 28. April als zehnten und letzten Vortrag im Winterhalbjahr einen sehr interessanten Abend, an dem Dipl.-Ing. Wolfram Eisenlohr-Frankfurt a. M. über: Flieger bei der Eroberung der Insel Osel sprach. Nach kurzer Erklärung technischer Einzelheiten der Seeflugzeuge, nämlich Kufflungs-, Kampfs-, Beobachtungs- und Torpedoflugzeuge, schilderte er die Lage auf dem Kriegsschauplatz in Kurland, die eine Besetzung der Insel Osel, auf der russische Truppen und Flottenstützpunkte hinter unserer Front lagen, erforderlich machten. Da die Russen die ganze Küste von Osel und der Insel Dagö sehr stark befestigt hatten, insbesondere an der Nordwestseite, wo allein genügende Tiefe für große Schiffe war, außerdem die ganze Ostsee rings um die Insel mit einem undurchdringbaren Minengürtel umgeben hatten, waren große Vorbereitungen nötig, um den Erfolg der überzulegenden Landstreitkräfte von vornherein sicher zu stellen. Durch genaue Fliegerbeobachtung vorbereitet, konnte unsere Flotte, geschützt durch zahlreiche Minenjäger, mit den Transportschiffen, die 26 000 Mann, 1500 Wagen, 5000 Pferde, 150 Maschinengewehre und etwa 70 Geschütze trugen, am 10. Oktober 1917, nachts 12 Uhr, von Libau auslaufen, um nach 1 1/2 Tagen die ersten Sturmtruppen zu landen. Die ganze Eroberung der Insel, die etwa 8 Tage in Anspruch nahm, die einzelnen größeren Fliegerunternehmungen und Flottenangriffe erklärte der Vortragende an Hand einer aufgeschickten Karte und zahlreicher vorzüglicher Lichtbilder. Herr Eisenlohr gelang es im Laufe der Rämpfe, das einzige während des Krieges durch Bombenangriff vom Flugzeug aus vernichtete feindliche Kriegsschiff zu versenken, wofür ihm der Fliegerehrenpreis zugesprochen wurde. Ferner nahm er sieben Russen, die auf einem Nachen entflohen waren, gefangen, indem er mit dem Flugzeug daneben landete und den Nachen in Schlepplau nahm und zu einem deutschen Kriegsschiff brachte. Bei den erbitterten Kämpfen durch die den 28 000 Russen der Insel der Rückzugsweg abgeblockt wurde, fiel bekanntlich der Dichter Walter Fier, in dessen Brusttasche man das Manuskript „Der Wanderer zwischen zwei Welten“ fand. Die Eroberung dieser Insel sicherte uns den Besitz von ganz Woland und Kurland, die von den Russen nun abgegeben wurden. Inposant waren insbesondere die Bilder der verarmten Flotte, die insgesamt eine Marschlänge von 60 Kilometern hatte. Der mit reichstem Beifall aufgenommene Vortrag wird voraussichtlich im Oktober auf Wunsch vieler Freunde des Luftfahrtvereins wiederholt werden.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Die Professoren Dr. Freund und Dr. Marx an der Universität Heidelberg haben einen Ruf an die neugegründete medizinische Fakultät der Universität Münster erhalten.

Mannheim, 30. April. Die Einäscherung der sterblichen Reste des Abgeordneten Dr. Helfferich und seiner Mutter fand heute nachmittag auf dem hiesigen Friedhof im Krematorium statt, vor dem sich trotz Sturm und Regen eine zahlreiche Menge angesammelt hatte. Die Särge waren auf der Höhe der Freitreppe vor dem Krematorium aufgebahrt. Unter der Fülle der Blumenpenden, die sie umgaben, sah man auch einen Kranz des früheren Kaisers und des früheren Kronprinzen. Zahlreiche jüdische Korps und Verbindungen hatten sich in vollem Schmuck und mit umflossenen Fahnen auf der Treppe gruppiert, denen sich unten die Organisationen der Bismarckjugend mit ihren Fahnen angeschlossen. Die Feuerbestattung hielt Konfistorialrat Dr. Müller-Berlin. Nach dem Geschehen überbrachte Finanzminister Dr. Luther die Abschiedsgrüße der Reichsregierung. Den Kranz des Reichstages legte Vizepräsident Dietrich nieder. Im Namen der bayerischen und der pfälzischen Regierung wies die Regierungspräsidentin Matthes dem Toten ehrende und dankbare Worte. Nach Bürgermeister Fortbauer von Neustadt an der Haardt, der für die Vaterstadt Helfferichs sprach, ergriff Dr. v. Stauff als Vertreter der Deutschen Volkspartei entbot Abg. Balfanz. Für den Wahlkreis Helfferichs war General a. D. Bild v. Hohendorf, der frühere Kriegsminister, erschienen. Es folgte noch eine Reihe weiterer Ansprachen von Parteifreunden aus Baden, Hessen, Württemberg und Bayern.

DZ. Mannheim, 30. April. Ein halbes Jahr lang konnte sich der Würder, der bei den gefährlichen Unfällen in Mannheim am 15. Oktober 1923 den Polizeioberwachmeister Witter aus dem Hinterhalt niederschlug, den Nachforschungen der Polizeibehörde entziehen. Nunmehr ist es gelungen, dem Täter, der die Bluttat in der Nähe der Wirtschaft „Zum grünen Hans“ in U 1, 4 vollführte, zu ermitteln. Es ist Lt. A. v. Bab. Landeszeitung“ der 28 Jahre alte, verheiratete Rangierer Franz Joseph Huber, wohnhaft in der Schwegingerstraße hier. Er ist geständig. Der Täter gehört zu den in der letzten Woche hier festgenommenen Kommunisten.

DZ. Heidelberg, 30. April. Der seit zwei Tagen ununterbrochen niedergehende Regen hat den Redar rasch zum Steigen gebracht. Schmutziggelbe Fluten wälzen sich talabwärts.

DZ. Redarbischofsheim, 30. April. Zum 70. Geburtstag des Schriftstellers und heimatischen Dichters Schmitthammer wird am Pfarrhaus bei der Kirche eine Gedenktafel angebracht werden. Außerdem ist ein Schmitthammerabend in Aussicht genommen.

DZ. Wiesloch, 30. April. In St. Leon sind die Ökonomiegebäude und Scheunen des Gärtners Kleber und des Arbeiters F. J. Gottlieb ein Raub der Flammen geworden. Auch wurden große Vorräte an Getreide, Stroh und Holz vernichtet. Die Wohnhäuser wurden schwer beschädigt. Aber die Brandursache ist nicht bekannt.

DZ. Pforzheim, 30. April. Der Schlichtungsausschuss hat einen Schiedsspruch gefällt. Der Schlichtergruppen für sämtliche Angestellten in der Schmuckwarenindustrie vorsteht. Die Erklärungen der Parteien stehen noch aus.

DZ. Offenburg, 30. April. Die Ringis führt seit gestern Hochwasser. Der Stand der Ringis bei Offenburg beträgt 2,50 m über dem Flussbett und erreicht die Höhe des Jahres 1874. Bei Wühl ist das Hochwasser bis zu dem Gaithaus „Zur Alume“ vorgebrochen. Zwischen Griesheim und Wühl wurde ein Wehr erbaut, um das Hochwasser zu durchlassen. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr ist das Hochwasser zurückgegangen, da der Regen aufgehört hat.

DZ. Lbrach, 30. April. Die seit dem 1. Februar hier erscheinende „Bürgerzeitung“ stellt mit dem 1. Mai ihr Erscheinen wieder ein. Alle Verlagsrechte sind an den Verlag des „Oberländer Boten“ übergegangen, ebenso die Redaktion der „Bürgerzeitung“. Der „Oberländer Bote“ führt den Intertitel „Bürgerzeitung“.

DZ. Lbrach, 30. April. Wie das „Marlagler Tagebl.“ erfahren haben will, beabsichtigt die Firma F. Guggenbühl, G. m. b. H., an der Weilerstraße in der Nähe der Stiefener Wiesenbrücke eine Seidenweberei zu erbauen, in der etwa 150 Arbeiter Beschäftigung finden sollen. Es soll zunächst mit dem Bau der Fabrik begonnen und später auch Beamten- und Arbeiterwohnungen erstellt werden.

Konstanz, 30. April. Mit Wirkung vom 1. Mai ab werden die Fahrpreise für Schiffsfahrten etwas erhöht. Monatsfahrkarten, Wochenkarten und Schulbesuchskarten bleiben von der Erhöhung ausgeschlossen, desgleichen bleibt auch die Ermäßigung für Bodenbewohner fernerhin bestehen.

Konstanz, 30. April. Der mit seiner Familie vor zwei Monaten nach Südafrika ausgewanderte Glasermeister Ludwig Ritter aus Konstanz befindet sich bereits wieder auf dem Rückwege nach Deutschland. Den vielen ausgewanderten Deutschen wurde vom Konsulat in Luanda, der Hauptstadt von Angola, mitgeteilt, dass es für Deutsche keine Einreisegenehmigung mehr gäbe. Zurzeit befinden sich noch 26 Deutsche in Angola, die dort bitterste Not leiden. Glasermeister Ritter ließ von Luanda aus, wo er zurzeit noch weilt, eine Warnung an alle Zeitungen der Konstanzener Gegend für Auswanderer ergehen, worin er treffend die bittere Not der ausgewanderten Deutschen schildert.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	1. Mai		30. April	
	Geld	Beif	Geld	Beif
Amsterdam	1 573 600	1 581 400	1 573 600	1 581 400
Rosenlagen	710 200	713 800	708 200	711 800
Italien	188 500	189 500	188 500	189 500
London	18 405 000	18 495 000	18 405 000	18 445 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	272 300	275 700	272 300	275 700
Schweiz	748 100	751 900	746 100	749 900
Brag	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

#### Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wandelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Millionen Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	7
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	7,25
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	—
7% Redarwerke Goldanleihe	—
5% Breisgauer Kali-Anleihe pro 100 kg	2
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	2,25
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	0,9
Dollar-Schatzanweisungen des Deutschen Reichs	80%
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	4,2

Karlsruher Börse. 30. April 1924. Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Lage hat sich gegenüber der Vorwoche durch verschiedene Insolvenzen verschlechtert. Sie kann als ausgesprochen unsicher bezeichnet werden. Der Versuch ist gegenüber der Vorwoche schwächer. Bemerkenswert ist die Anwesenheit des neuen Landeskommissars, Herrn Geh. Regierungsrat Gräfer, sowie des neuen Präsidenten der Handelskammer, Herrn Konsul Direktor Nicolai. Es wurden folgende Preise genannt: Weizen 19,25 bis 19,75, Roggen 15,25 bis 16, Hafer 15 bis 15,25, Gerste 15 bis 15,25, Weizenmehl 28,75 bis 29,50, Roggenmehl 24,50 G.M. Mehl aus zweiter Hand je nach Zahlungsbedingungen wesentlich billiger. Weizenfuttermehl je nach Fabrikat 11,25 bis 11,75, Weizenkleie je nach Fabrikat 9,75 bis 10,25 G.M., alles per 100 Kilo; Mehl und Mühlenfabrikate mit Getreide ohne Sachfrachtparität Karlsruhe. Raufuttermittel: I. o. f. Weizen, gut, gesund, trocken 9 bis 9,50, braungepreßtes Getreidehoch 5 bis 5,50 G.M., alles per 100 Kilo, Frachtparität Karlsruhe. Abteilung Weine und Spirituosen: Bei schwachem Besuch war die Stimmung lustlos. Mehr als über Geschäfte unterhielt man sich über chronischen Geldmangel, nicht diskontierbare Wechsel und sinkende Preise. Abteilung Kolonialwaren: Kaffee roh Santos 3,90 bis 4,40, gewaschen (Zentralamerika) 4,60 bis 6,20, gebrannt billige Mischung von 4,80 G.M. an, Tee gut 7 bis 7,80, mittel 8,20 bis 9, fein 9,40 bis 10, beste Qualität 11 G.M. und darüber. Kakao (deutsch) 1,80, (holländisch) 2 bis 2,20 G.M., alles per Kilo verzollt. Burmeseis 0,38, Graupen 0,35, gelbe gepaltene Erbsen 0,36, weiße ungarische Perlbohnen 0,60, Linsen mittel 0,35, Schweinefett 1,40 und Salatöl 1,20 G.M., alles per Kilo.

#### Deutscher Zentral-Giroverband

Die deutschen kommunalen Giroverbände haben in ihrer am 26. April in Mannheim abgehaltenen Tagung beschlossen, den ihnen angebotenen Sparlassen für ihre Guthaben bei den Girozentralen die Wertbeständigkeit auf Grundlage des amtlichen Dollarkurses zuzusichern und haben damit die Sparkassen in die Lage versetzt, das Gleiche auch ihren Sparern gegenüber tun zu können. Es wird damit ein Anreiz zu erhöhter Sparaktivität und Wiedereinsammlung von Kapitalien in Deutschland im Interesse der deutschen Volkswirtschaft angestrebt. Für entsprechende wertbeständige Deckung ist Vorkehrung getroffen. Ferner wurde laut „Gen.-Ang.“ beschlossen, die Zinsfußfrage jeweils nach den örtlichen Verhältnissen bezw. den örtlichen Zinssätzen regeln zu lassen. In Erwiderung auf eine Anfrage des Reichsbankpräsidenten wegen der Zinspolitik der Giroverbände wurde beschlossen, die Bitte an den Reichsbankpräsidenten zu richten, die Vertreter sämtlicher zentralen Geldinstitute zu einer Besprechung aufzunehmen, um diese Angelegenheit gemeinsam zu entscheiden.

Einen weiteren Verhandlungsgegenstand der Mannheimer Jahresversammlung des Deutschen Zentral-Giroverbandes bildete die Frage der Goldmarkbilanz. Die Deutsche Girozentrale hat vorläufig eine Papiermarkbilanz aufgestellt, in der alle Anlagelizenzen bis auf je 1 Mark abgeschrieben und der Reingewinn aus 1923 den Reserven zugeführt wurde. Man will die kommenden Goldmarkbilanzen in der vorläufigsten Weise aufmachen und vor allem die Rücklagen stärken. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die ganze Materie prüfen und dann in einer der nächsten Sitzungen bestimmt formulierte Vorschläge unterbreiten soll, in welcher Weise die Girozentralen ihre Bilanzen nach gemeinsamen Maß zu den Ausführungsbestimmungen über Goldmarkbilanzen noch entsprechende Ergänzungen folgen werden.

#### Literarische Neuerscheinungen

Die Vermögenssteuererklärung 1924 auf Grund der zweiten Steuernotverordnung u. d. Durchführungsbestimmungen vom 8.18. März 1924. Mit in Zweifelsdruck ausgearbeiteten Musterformularen für die Steuererklärung, Erläuterungen und Anleitung. Von Rechtsanwalt Dr. Fritz Kapp, Hauptschriftleiter der „Deutschen Steuer-Zeitung“, Berlin und Dr. W. Wend, Dipl.-Steuerfachverständiger, Berlin. Preis 3,50 Goldmark, 150 Seiten — 1924 — Industrie-Verlag Spach & Lube, Fachbuchhandlung für Steuerliteratur, Berlin C. 2, Einzel.

